

TITELSEITE:**Gesundheitskosten****Inselspital: Praxisgebühr ist nicht praxistauglich****Das Berner Inselspital zeigt auf, wie man die Praxisgebühr einziehen müsste, und kommt dabei zum Schluss: Sie ist kontraproduktiv.**

Seit gestern verlangt nicht nur Gesundheitsminister Pascal Couchepin, sondern der gesamte Bundesrat die Einführung einer Praxisgebühr: Vor jeder ambulanten Behandlung in der Arztpraxis oder im Spital sollen Patienten 30 Franken zahlen. Damit will der Bundesrat unnötige Arztbesuche verhindern. Das Inselspital in Bern zeigt auf, wie das Einziehen dieser Gebühr funktionieren könnte. Die Patienten sollen das Geld an einem Automaten einzahlen. Martin Bruderer, Bereichsleiter Patientenmanagement, rechnet für das Inselspital mit Einführungskosten von 2,2 Millionen Franken. Weil der administrative Aufwand enorm sei, kämen jährlich Kosten von 1,5 Millionen Franken hinzu. An den Gebühren verdient das Spital nichts, diese werden bei der Rechnung an den Versicherer abgezogen.

Das Fazit aus Bruderers Analyse: Die Logistik sei unverhältnismässig und störe den Spitalbetrieb. Die Praxisgebühr sei praxisfremd. Bundesrat Couchepin sagte gestern vor den Medien, die kursierenden Zahlen zu administrativen Kosten für die Gebühr seien viel zu hoch geschätzt. Seine Sparvorschläge seien nicht angenehm, aber notwendig. «Es gibt keine Wunder, keine geniale Lösung», so Couchepin. Das Parlament soll im Herbst über die Einführung der Praxisgebühr und andere Sparmassnahmen im Gesundheitswesen debattieren.

BW

SEITE 3:**Praxisgebühren****Wie viel darf Sparen kosten?****Bundesrat Couchepin hält an der Idee einer Praxisgebühr fest. Das Berner Inselspital zeigt auf, wie das Einziehen der Gebühr im Spital erfolgen könnte – und kommt zum Schluss: Die Idee ist praxisfremd und kontraproduktiv.**

Martin Bruderer nahm sich der Idee einer Praxisgebühr für ambulante Behandlungen im Spital an. Der Bereichsleiter Patientenmanagement am Berner Inselspital hat einen Plan ausgearbeitet, wie das Einziehen der Gebühr im Krankenhaus funktionieren könnte. Seine Bilanz: «Die Idee ist praxisfremd und kontraproduktiv, denn sie läuft allen Sparbemühungen entgegen.» Bruderers Berechnungen zeigen auf, dass das Einführen der Gebühr dem Inselspital einmalige Kosten von mindestens 2,2 Millionen Franken und jährlich wiederkehrende Ausgaben von 1,5 Millionen Franken verursachen würde. An den Gebühren von 30 Franken pro Konsultation verdient das Spital nichts, denn diese müssen bei der Rechnung an den Versicherer abgezogen werden.

«Unverhältnismässig»

Der Betrag soll vor der Behandlung in bar bezahlt werden. «Das steht den Kosten sparenden Bemühungen entgegen, die Administration im Spital mehr und mehr zu automatisieren, etwa mit der neuen Versichertenkarte», sagt Bruderer. Konkret würde das Einziehen so aussehen: Die Patienten zahlen die 30 Franken an einem Automaten ein und erhalten im Gegenzug einen Voucher, welcher wiederum am Klinikschalter quittiert wird. Der Teufel stecke im Detail, sagt Bruderer. So werde die Gebühr nur bei Krankheit fällig, doch komme jemand etwa mit einem roten Auge ins Spital, sei nicht auf Anhieb klar, ob es sich um eine Krankheit oder einen Unfall handle. «Wir müssten die versehentlich erhobene Gebühr anschliessend wieder zurückzahlen.» Umgekehrt müssten für jene Personen zusätzliche Rechnungen erstellt werden, welche die Gebühr vor der Behandlung nicht zahlen konnten, weil sie kein Geld dabei hatten oder nicht ansprechbar waren. Die Logistik sei unverhältnismässig und störe den Spitalbetrieb über die Massen.

In seinen Kalkulationen hat Bruderer die Kosteneinsparungen nicht einberechnet, die entstehen, wenn Patienten in einem Bagatellfall wegen der Gebühr auf den Arztbesuch verzichten. Doch gemäss dem Spitalverband H+ sind die Selbsteinweiserquoten bei ambulanten Spitalbehandlungen marginal. Nach Angaben des Inseospitals betreffen sie nur 3,3 Prozent der jährlich 483 500 ambulanten Konsultationen, für welche die Gebühr eingezogen werden müsste. Die restlichen Patienten werden von Haus- und Fachärzten oder anderen Spitälern zugewiesen.

Couchepin widerspricht

In Deutschland konnten in den ersten Jahren nach Einführung von Praxisgebühren Kosten eingespart werden. «Doch das System ist ein anderes», sagt Bruderer. In Deutschland werde die Gebühr beim einweisenden Arzt eingezogen. Er habe beispielsweise mit dem deutschen Herzzentrum in Berlin Kontakt gehabt, dieses müsse nur bei drei von hundert Patienten eine Gebühr einziehen.

Bundesrat Pascal Couchepin kam gestern vor den Medien auf die Administrationskosten zu sprechen. Die Zahlen über Kosten, welche für die Gebühreneinführung kursierten, seien unrealistisch und viel zu hoch geschätzt. Im Inseospital hingegen reiht man die Sparbemühungen rund um die Praxisgebühr unter dem Motto ein: «Wir sparen – koste es, was es wolle.»

Brigitte Walser

Sparmassnahmen des Bundesrates

Jetzt liegt der Ball beim Parlament. Der Bundesrat hat gestern das Sparpaket im Gesundheitswesen verabschiedet.

bw. Gestern hat der Bundesrat die Sparvorschläge von Gesundheitsminister Pascal Couchepin abgesehnet. Es handelt sich um folgende Massnahmen: •

> **Telefondienst:** Die Krankenkassen müssen telefonische Beratungsdienste einrichten, die als kostenlose erste Anlaufstelle dienen.

> **Praxisgebühr:** Für die ersten sechs Besuche bei einem Arzt oder in einem Spitalambulatorium wird ein Behandlungsbeitrag von 30 Franken erhoben. Damit sollen Arztbesuche wegen Bagatellen vermieden werden können.

> **Wahlfranchise:** Verlängerung der Wahlfranchisenbindung von einem auf zwei Jahre.

- > **Tarife:** Der Bundesrat soll bei hoher Kostensteigerung die Tarife senken können.
- > **Leistungsaufträge** für Spitalambulatorien.
- > **Prämienverbilligung:** Ausserordentlicher Bundesbeitrag zur Verbilligung der Prämien von 200 Millionen Franken für nächstes Jahr.
- > **Kostenüberwachung:** Die Krankenversicherer sollen dem Bundesamt für Gesundheit monatlich Daten zur Kostenüberwachung liefern.

Beratung im Herbst

Gemäss dem Bundesamt für Gesundheit stiessen der Telefondienst und die Prämienverbilligung in der Vernehmlassung auf Akzeptanz. Bei der Praxisgebühr und der Kontrolle des spitalambulanten Bereichs teilten sich die Meinungen. «Wir müssen mit den bestehenden Mitteln arbeiten», sagte Bundesrat Pascal Couchepin gestern vor den Medien. «Es gibt keine Wunder, keine geniale Lösung.» Die Vorschläge seien nicht angenehm, aber notwendig. Das Parlament soll sie in der Herbstsession beraten.

Zusätzlich erarbeitet Couchepins Departement Sparvorschläge bei den Medikamentenpreisen. Diese werden vor den Sommerferien vorgestellt.

Medikamentenpreise

In diesem Punkt ertete Couchepin harsche Kritik vom Konsumentenschutz: Bereits Mitte März habe ein Katalog mit Massnahmen im Medikamentenbereich existiert, der rasch hätte umgesetzt werden können. «Es ist unglaublich, wie die Pharma weiterhin auf Kosten der Versicherten Gewinne abschöpfen kann», ist Geschäftsleiterin Sara Stalder empört. Der Gesundheitsminister kündige eine kaum kostenwirksame Praxisgebühr an und schiebe wirksame Massnahmen auf die lange Bank.

Deutliche Worte findet auch die SP: «Statt endlich beim 800Millionen-Sparpotenzial der Medikamentenpreise anzusetzen, kuscht Couchepin vor der Pharmaindustrie und schröpft die Versicherten.» Die CVP findet die Massnahmen ebenfalls unbefriedigend: «Sie dämmen die Kosten nicht ein, sondern verteilen das Geld lediglich um», teilt die Partei mit. Sie wird den Parteitag im Juni dem Umbau im Gesundheitswesen widmen.